

„Die Universität dem Volke!“ Entwicklungsphasen der Arbeiter- und-Bauern-Fakultäten (ABF) der DDR

Die Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten (ABF) der DDR existierten von 1949 bis 1962/1963. Vorläufer der ABF waren die 1945/46 auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) entstandenen Vorstudienabteilungen (VA).¹ Zielstellung dieser Einrichtungen war es, Arbeiter- und Bauernkindern das Ablegen des Abiturs zu ermöglichen und damit den Weg zu einem Universitätsstudium zu eröffnen. Insgesamt haben im Zeitraum von 1946 bis 1962 etwa 35.000 Absolvent(inn)en in diesen Einrichtungen das Abitur abgelegt.²

Während diese Institutionen für deren Befürworter „Schrittmacher beim Niederreißen der Bildungsschranken und bei der Eroberung der Hochschulen durch die Arbeiterklasse“ (Lammel 1986a: 317) waren, wurden sie von der Gegenseite sehr schnell als „stalinistische Kaderschmieden“ verstanden, die in erster Linie die Funktion der Schaffung eines SED-loyalen Nachwuchses hatten. Was waren diese Institutionen? Ein Großexperiment zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit oder Bildungseinrichtungen, mit der Funktion der Heranbildung einer SED-loyalen neuen Elite? Die Beantwortung dieser Frage ist sehr komplex und kann in der Kürze des Beitrages nur ansatzweise umrissen werden. Im Folgenden sollen verschiedene Phasen dieser Entwicklung aufgezeigt werden. Dabei wird deutlich gemacht, dass die ABF in den verschiedenen Phasen eine unterschiedliche Funktion hatte und es in jeder Phase eine – unterschiedlich große – Diskrepanz zwischen dem Anspruch der SED und dessen Umsetzung an den ABF gab. Die Ausführungen sind Teil eines Forschungsprojektes³ und basieren auf Archivrecherchen in allen einschlägigen Archiven⁴ sowie biografisch-narrativen Interviews mit Lehrkräften und Absolvent(inn)en der ABF.⁵

1. Phase: Kompensation von Kriegsfolgen (1945/46 bis 1951)

Eine erste Phase der Entwicklung der ABF lässt sich für den Zeitraum der Gründung der VA (1945/46)⁶ bis zum Beginn der Durchführung der 2. Hochschulreform im Herbst 1951 beschreiben. Obwohl die Umwandlung der VA zur ABF im Herbst 1949 eine deutliche Zäsur darstellt, lassen sich im Hinblick auf die Funktion dieser Institution über diesen Zeitpunkt hinweg Gemeinsamkeiten finden, die es sinnvoll erscheinen lassen, diesen Zeitraum in einer größeren Einheit zusammenzufassen.

Eine Gemeinsamkeit dieser Phase besteht im teilweisen Erhalt einer föderalen Grundstruktur. Auch wenn sich in diesem Zeitraum ein Prozess der zunehmenden Zentralisierung verzeichnen lässt, der mit der Bildung des Staatssekretariats für Hochschulwe-

sen (SFH) seinen Höhepunkt und Abschluss findet, existierten doch bis zu diesem Zeitpunkt in der Praxis immer noch föderale Reststrukturen, die der Durchsetzung des Zentralismus teilweise im Wege standen. Die Deutsche (Zentral)verwaltung für Volksbildung (DVV) in Berlin beanspruchte zwar von Anfang an ein Mitspracherecht, ihr realer Einfluss auf die jeweiligen Länder blieb jedoch zunächst gering (Schneider 1995; Hoyer 2001). Nach Gründung der ABF lag die Zuständigkeit zunächst im Ministerium für Volksbildung in Berlin. In der Praxis kam es aber auch nach 1949 teilweise noch zu einer Art Doppelzuständigkeit zwischen Berlin und den jeweiligen Landesregierungen. Erst nach Bildung des SFH und darin der Abteilung ABF im Februar 1951 lag die Zuständigkeit eindeutig in Berlin und nicht mehr auf Ebene der Länder, die 1952 ohnehin aufgelöst wurden. Auch die Lehrplangestaltung wurde zunächst noch nicht ausschließlich zentral vorgenommen, sondern lag zunächst in den Händen der jeweiligen ABF. Zentrale und allgemein verbindliche Lehrpläne lagen erst ab Ende 1951 vor.⁷

Eine andere Gemeinsamkeit dieser Phase besteht im Hinblick auf die Zusammensetzung der Studierenden und des Lehrkörpers. Obwohl bei den Zulassungen von Anfang an sehr stark auf die soziale Zusammensetzung der Studierenden geachtet wurde, erwies sich die Rekrutierung von Arbeitern und v.a. auch von Bauern als ausgesprochen schwierig. Stallmann (1980: 90ff.) zeigt auf, dass Aufnahmebestimmungen relativ weit ausgelegt wurden und es erst nach und nach zu einer Eingrenzung des Teilnehmerkreises auf Arbeiter und Bauern kam,⁸ wobei hier große regionale Unterschiede deutlich werden.⁹ Stattdessen werden – vor allem im Vergleich zu späteren Immatrikulationsjahrgängen – ein relativ hoher Altersdurchschnitt der Studierenden und eine relativ gute Vorbildung deutlich.¹⁰ Ein Großteil v.a. der männlichen Studierenden gehörte den Geburtsjahrgängen an, deren Schulbildung durch die Einberufung zur Wehrmacht unter bzw. abgebrochen worden war. Auch von Seiten des SFH werden die Studierenden dieses Zeitraumes – im Unterschied zu späteren Immatrikulationsjahrgängen – als sehr spezifische Klientel beschrieben, nämlich als „bildungshungrig“, „lebenserfahren“ und „politisch reif“.¹¹ Der SED-Anteil unter den Studierenden erreicht in diesem Zeitraum einen später nie wieder erreichten Höchststand, wobei aber auch gesagt werden muss, dass über die Hälfte keiner Partei angehörten. An diesem Sozialprofil wird deutlich, dass die ABF in diesem Zeitraum nicht ausschließlich der angestrebten Veränderung der Sozialstruktur bzw. der Bildung einer eigenen, sozialistischen Intelligenz gedient haben, sondern zunächst durchaus auch noch die Funktion hatten, kriegsbedingte Bildungsrückstände auszugleichen.

Die Zusammensetzung des Lehrkörpers entsprach in diesem Zeitraum keineswegs den Vorstellungen der SED. Obwohl der Anspruch formuliert wurde, die Lehrkräfte sollten sowohl in fachlicher als auch in politischer Hinsicht „höchsten Anforderungen genügen“, mussten v.a. in politischer Hinsicht deutliche Abstriche gemacht werden. In Ermangelung anderer Lehrkräfte musste auf die alten, vor 1945 (und zumeist sogar vor 1933) ausgebildeten und bürgerlich geprägten Lehrkräfte zurückgegriffen werden, die entweder gar nicht SED-Mitglieder waren oder aber diese Linie nur halbherzig vertraten. Diese Lehrkräfte konnten auch nicht ohne weiteres durch Neulehrer ersetzt wer-

den, da die ABF auf deren Fachwissen angewiesen war. Die Vermittlung eines fundierten Fachwissens war unumgänglich, da die in vielen Fachdisziplinen – trotz aller Bemühungen der SED – stark bürgerlich geprägten Universitäten (vgl. Jessen 1998) den ABF-Absolvent(inn)en oft genug skeptisch bis ablehnend gegenüber standen. Erst ab Anfang der 1950er-Jahre wurden die alten Lehrkräfte an der ABF zunehmend durch die an den nach 1946 neu eingerichteten Pädagogischen Fakultäten ausgebildeten Lehrkräfte ersetzt.

Zusammengefasst lässt sich über diese Phase sagen, dass die VA/ABF überwiegend die Funktion hatten, kriegsbedingte Bildungsrückstände auszugleichen und die von der SED – auch in diesem Zeitraum bereits – intendierte politisch-ideologische Schulung durch einen stark bürgerlich geprägten Lehrkörper und eine relative pädagogische Freiheit der Institution nur begrenzt umgesetzt wurde.

2. Phase: Euphorie und Ernüchterung (1951 bis 1956)

Mit Beginn der 2. Hochschulreform (ab Studienjahr 1951/52) kam es zu einer zunehmenden Zentralisierung des gesamten Hochschulwesens der DDR. Die Zuständigkeit lag nach Auflösung der Flächenländer ausschließlich im SFH, Lehrpläne wurden zentral vorgeben und es wurde das Delegationsprinzip zur ABF eingeführt, d.h. die Studierenden konnten sich nicht mehr selbst bewerben, sondern wurden von den Betrieben und Genossenschaften zum Studium delegiert. In diesem Zeitraum kam es zu einer Zunahme der Anzahl der Studierenden, eine Entwicklung, die bereits durch die Anweisung Nr. 54 des Ministeriums für Volksbildung vom 29.7.1950 eingeleitet und auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 endgültig beschlossen wurde. Die Zahl der Studierenden richtete sich dabei nach vom Staatssekretariat (in Absprache mit dem ZK der SED) vorgegebenen Kontingenziffern. Im Jahre 1952 kam es demzufolge zu einer Verdreifachung der Studierendenzahlen gegenüber denen von 1949.¹²

Mit dieser neuen Art der Rekrutierung und der quantitativen Expansion kam es zu neuen Problemen, denn die Praxis zeigte sehr schnell, dass motivierte und befähigte Bewerber(innen) nicht unbegrenzt vorhanden waren. Das Rekrutierungsproblem wurde noch durch die Konkurrenzsituation zu anderen neu gegründeten Bildungsinstitutionen (z.B. Fachschulen, Meister- und Aktivistenlehrgänge, Sonderreifepprüfung, Industrieinstitute) und eine sich verstärkende Werbung zur Kasernierten Volkspolizei verstärkt, die alle auf dasselbe Klientel rekurrierten. In der Folge mussten „aus Kontingentgründen“ Jugendliche zur ABF zugelassen werden, die „nur sehr bedingt oder nicht mehr zum Studium geeignet“ waren und deren „Leistungswillen“ oft aufgrund fehlender Motivation „versagte“.¹³ Die Folgen dieser Rekrutierungsstrategien wurden in einer vom Pädagogischen Beirat¹⁴ im SFH durchgeführten Untersuchung zum Verbleib der ehemaligen ABF-Absolvent(inn)en an den Fachfakultäten offensichtlich.¹⁵ Es wurde festgestellt, „dass durch die in den letzten Jahren im Gesamtgefüge der Bildungsinstitu-

tionen unserer Republik eingetretene Veränderung eine Diskrepanz zwischen der den ABF gestellten Aufgaben und der von ihr tatsächlich gespielten Rolle entstanden ist.¹⁶ Wie die Untersuchung verdeutlicht, war seit 1952 ein „Absinken der fachlichen und moralischen Qualität der Studenten zu verzeichnen.“¹⁷ Über ein Drittel aller an die ABF aufgenommenen Student(inn)en erreichten bereits das Ziel der ABF nicht.¹⁸ Im Unterschied zu den früheren Immatrikulationsjahrgängen versagten viele der ehemaligen ABF-Absolvent(inn)en beim Übergang an die Fachfakultäten: An der Fakultät für Maschinenbau der TU Dresden, waren beispielsweise bis zum 3. Semester bereits 30,7% der immatrikulierten ABF-Student(inn)en ausgeschieden und in den Fachrichtungen Slawistik und Mathematik der Universität Halle mussten nach dem 1. Studienjahr des Jahrganges 1953 die Hälfte aller ABF-Student(inn)en aus fachlichen Gründen exmatrikuliert werden.¹⁹

Auch in politischer Hinsicht blieben die ABF-Absolvent(inn)en hinter den Erwartungen der SED zurück. So war der Anteil an SED-Mitgliedern seit der Zeit der VA kontinuierlich rückläufig und bewegte sich Mitte der 1950er-Jahre im einstelligen Prozentbereich.²⁰ Ebenso wird festgestellt, dass sich die ehemaligen ABF-Absolvent(inn)en an den Fachfakultäten oft nur noch begrenzt politisch betätigten. Zusammengefasst lässt sich über diese Phase sagen, dass der Versuch, die Übertragung der guten Erfahrungen der 1. Phase (Bestehen der Studierenden an Fachfakultäten, politisch bewusste Studierende) auf eine größere Anzahl Studierende nur begrenzt umsetzen ließ und die Realität sowohl fachlich als auch politisch hinter den Erwartungen der SED zurückblieb.

Zunehmend wurde die Frage der Weiterexistenz der ABF innerhalb des SFH auch unter einer volkswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Perspektive diskutiert. Außerdem wurde auf das Problem der geburtenschwachen 1940er-Jahrgänge hingewiesen. Aufgrund dessen war ein Arbeitskräftemangel absehbar und es erschien volkswirtschaftlich sinnvoll, Qualifizierungswege zu propagieren, die parallel zur Berufstätigkeit zu absolvieren sind (z.B. Abendvolkshochschulen, Fernstudium). Entsprechend stellte der Ende 1956 vom SFH an das ZK der SED unterbreitete Vorschlag zur Reduzierung, teilweisen Schließung und Umstrukturierung (Verlängerung des Studiums, Orientierung an Fachabitur, Verringerung der Klassengröße) der ABF eine pädagogische und volkswirtschaftlich nahe liegende Entscheidung dar. Dieser Vorschlag des SFH fand jedoch nicht die Billigung des ZK der SED, womit eine neue Phase in der Entwicklung der ABF eingeleitet wurde.

3. Phase: Politische Funktionalisierung und Disziplinierung (1957 – 1958)

Auch wenn die politische Loyalität der ABF-Studierenden oft hinter den Erwartungen der SED zurückblieb, stellten diese doch – im Vergleich zu anderen Bildungsinstitutionen wie Oberschulen oder Universitäten – ein relativ verlässliches Bollwerk dar. Gerade in politischen Krisenzeiten, wie z.B. am 17. Juni 1953 oder beim Ungarnaufstand 1956, erwiesen sich die ABF als verlässliche Stützen, die im Unterschied zu anderen

Fakultäten auch aktiv für die Interessen der SED eintraten.²¹ Der Reduzierungsvorschlag des SFH fiel in die politisch angespannte Situation im Gefolge der Ungarnereignisse sowie den Beginn von Fraktionskämpfen innerhalb der SED.²² In dieser Situation setzten sich die Kräfte innerhalb des ZK der SED durch, denen es im Moment „aus politischen Gründen“ nicht vertretbar schien, die ABF zu reduzieren, noch dazu „der gegenwärtige Stand an den Oberschulen dieser Zielsetzung [Anm. I.M.: Einfluss der Arbeiterklasse an der Universität zu stärken] nicht gerecht wird und in absehbarer Zeit nicht damit gerechnet werden kann, dass die Lage an den Universitäten durch den Nachwuchs von den Oberschulen geändert werden könnte.“²³ Das Ablehnen der Vorlage des SFH durch das ZK der SED stellt eine eindeutig politische Entscheidung, gegen die pädagogischen und volkswirtschaftlichen Argumentationen des SFH, dar. Am 12.3.57 wurde den Direktoren der ABF der DDR durch das SFH mitgeteilt, dass keine Schließungen erfolgen werden.²⁴

Mit dieser Entscheidung wurden die ABF in der bisherigen Form erhalten, es verändert sich allerdings deren Charakter. Kann bis dahin von einer Gleichwertigkeit sowohl der fachlichen als auch politischen Bildung ausgegangen werden, kommt es nunmehr zu einer Verstärkung der „erzieherischen Arbeit“. Im Jahresarbeitsplan des SFH für das Studienjahr 1957/58 wurde als erste Hauptaufgabe genannt, dass „der politisch-ideologischen Arbeit (...) gegenüber der fachlichen Arbeit mehr Gewicht verschafft werden“²⁵ muss. Diese politische Schulung bezog sich zwar auch auf die Studierenden, Hauptzielgruppe waren jedoch die Lehrkräfte. 1958 wurde eine zentrale „Konferenz zur sozialistischen Erziehung an der ABF“ durchgeführt auf der „die Ursachen für das Zurückbleiben der ABF in der politischen Arbeit innerhalb der letzten 1 Jahre“ untersucht werden sollten.²⁶ Eng verbunden mit diesen als „Kampf gegen das Zurückbleiben“ oder „Erziehung der Erzieher“ bezeichneten Kampagnen stand die in diesem Zeitraum stattfindende Revisionismusdebatte. Im Zuge dieser Debatte kam es zu zahlreichen Disziplinarverfahren, Entlassungen und im weiteren Verlauf auch zur Republikflucht von Lehrkräften und verantwortlichen Mitarbeitern im Staatsapparat. Ein Großteil der für die Vorlage von 1956 verantwortlichen Mitarbeiter(innen) im SFH wurde nun zu einer „rechten opportunistischen Strömung“ konstruiert.²⁷ Aus Angst, selbst Ziel des Revisionismusvorwurfes zu werden, waren auch die Lehrkräfte in dieser Zeit sehr bestrebt, die „politische Linie“ im Unterricht akkurat – und oft auch gegen die eigene Überzeugung – einzuhalten.²⁸

Der Begriff der „stalinistischen Kaderschmiede“ ist wohl am ehesten für diese Phase angebracht, die eindeutig von einer politischen Instrumentalisierung geprägt ist und in der politische Loyalitätsbekundungen und Schulungen über die Vermittlung von Fachwissen gestellt wurde. Die ABF, als Institution, die vom Anspruch der SED her eine politische Vorbildfunktion einnehmen sollte, geriet dabei in starkem Maße in die innerparteilichen Machtkämpfe und Auseinandersetzungen dieser Jahre hinein.

4. Phase: Ausbau des Fachabiturs und Auflösung der ABF (1959 bis 1962/63)

Nach dem 5. Parteitag der SED im Juli 1958 kam es zur Beendigung der Revisionismusdebatte und es setzte zunehmend wieder eine Verfachlichung der Diskussion ein. Die Diskussionen innerhalb des SFH im Hinblick auf die weitere Entwicklung der ABF schlossen im Wesentlichen an die Argumentationen und Forderungen des Jahres 1956 an, wobei nunmehr – stärker noch als 1956 – volkswirtschaftlich argumentiert wurde. Diese volkswirtschaftlichen Begründungen weisen auf den Arbeitskräftemangel in der Produktion und den zu erwartenden erhöhten Bedarf an „wissenschaftlich-technischer Intelligenz“ hin. Ab 1959 erfolgte eine zunehmende Umorientierung der ABF in Richtung auf verkürzte und fachspezifische Kurse, die nicht mehr ein Vollabitur, sondern lediglich ein Fachabitur ermöglichen sollte. So kam es ab 1959 an allen ABF zu zahlreichen Ein- bzw. Zweijahreskursen zur Vorbereitung auf ein Studium in volkswirtschaftlich notwendigen Zweigen (Lehrerkurse, Chemiestudium, Landwirtschaftsstudium) sowie zur Umwandlung der bis dahin allgemein bildenden ABF Dresden und Karl-Marx-Stadt zu einer technisch orientierten so genannten „Spezial-ABF“.²⁹

Anfang 1961 wurde von der Staatlichen Plankommission für den Volkswirtschaftsplan eine Reduzierung der Zulassungszahlen vorgesehen, da „die gegenwärtige Arbeitskräftelage im Bereich der materiellen Produktion (dazu zwingt) nach Wegen zu suchen, die bei der Qualifizierung von Kadern aus diesem Bereich eine Qualifizierung mit möglichst kurzzeitiger Unterbrechung der Berufstätigkeit ermöglichen.“ Außerdem, so die Vertreter der Staatlichen Plankommission, ständen „ab 1964 eine weitaus größere Zahl von Abiturienten zur Verfügung (...) als Zulassungsmöglichkeiten an den Universitäten und Hochschulen bestehen.“³⁰ Dieser Entwurf wurde im März 1962 vom ZK der SED bestätigt (Lammel 1986a: 28). Als „Hauptwege“ zum Abitur galten nunmehr die auf dem 4. Plenum der SED vorgeschlagenen Wege über die Oberschulen bzw. die Berufsausbildung mit Abitur. Im Verlaufe der Jahre 1962/63 kam es zur Schließung fast aller ABF der DDR.³¹ Ob für die Schließung nur volkswirtschaftliche Gründe Ausschlag gebend waren, oder ob für diese Entscheidung des ZK der SED auch die innenpolitische Konsolidierung der DDR nach dem Mauerbau 1961 eine Rolle gespielt hat, kann nur gemutmaßt werden, da sich in den erhaltenen Dokumenten keine expliziten Hinweise auf eine derartige Verbindung finden lassen. Dass der SED die Schließung dieser Bildungsinstitution nicht so angenehm war, wird symbolisch im offiziellen Sprachgebrauch deutlich. Obwohl seit 1963 de facto keine ABF nach altem Profil mehr existierten, wurden diese Einrichtungen offiziell nie geschlossen. Die in den Vorlagen des SFH zunächst noch benutzte Formulierung „Reduzierung und Auflösung der ABF“ wurde durch das ZK der SED geändert in „Konzentrierung der Ausbildung“³² – ein Sprachgebrauch, der bis zum Ende in der DDR-Rezeption aufrechterhalten wurde (vgl. z.B. Lammel 1986b). Offensichtlich war der SED daran gelegen, die Weiterexistenz dieser Bildungsinstitution – und damit ja auch den Eindruck der gezielten Förderung von Arbeitern und Bauern – nach außen hin weiter zu demonstrieren.

Fazit

Die enormen Hoffnungen der SED, über die ABF eine große Anzahl SED-loyaler Arbeiter und Bauern an die Universitäten entsenden zu können, erwiesen sich als Illusion. Der Versuch, die positiven Erfahrungen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit auf eine große Anzahl Studierender zu übertragen, traf auf die Schwierigkeit, dass geeignete Bewerber(innen) nicht in ausreichendem Maße vorhanden waren und die erforderlichen fachlichen Leistungen nur von einem Teil der Studierenden zu erbringen waren. Politisch sind diese Institutionen ambivalent einzuschätzen. Einerseits blieb auch hier die Realität hinter den Erwartungen der SED zurück: Der überwiegende Teil der Studierenden war parteipolitisch nicht gebunden und der Anteil der SED-Mitglieder unter den Studierenden war seit Anfang der 50er-Jahre deutlich rückläufig. Auch im Hinblick auf ihre Aktivität an den Universitäten und Hochschulen der DDR wird von Seiten der SED immer wieder das fehlende Engagement der ehemaligen ABF-Absolvent(inn)en beklagt. Das darf aber andererseits nicht darüber hinweg täuschen, dass die ABF im Vergleich zur Universität immer noch eine relativ loyale Festung darstellten, auf die sich die SED, v.a. in Krisenzeiten, verlassen konnte.

Die ABF auf die Funktion einer „Kaderschmiede“ zu reduzieren, wird der Vielschichtigkeit dieser Bildungsinstitution allerdings nicht gerecht. Eine eindeutige Dominanz des Politischen über die Fachausbildung ist nur für die 3. Phase der Entwicklung der ABF (1957–1958) festzustellen. Ansonsten lässt sich die Orientierung der ABF eher als eine Gleichwertigkeit von politischer und fachlicher Ausbildung beschreiben. Dies nicht zuletzt deshalb, da die Absolvent(inn)en nach dem Abitur vor der Notwendigkeit standen, an den jeweiligen Fachfakultäten bestehen zu müssen, also auf eine fundierte Vermittlung von Fachwissen angewiesen waren. Letztendlich muss eine Bildungsinstitution wie die ABF immer auch im Kontext der Umgestaltung des gesamten Bildungswesens der DDR gesehen werden, denn der politisch-ideologische Anspruch der SED erstreckte sich nicht nur auf die ABF, sondern zunehmend auf das gesamte Schulwesen (z.B. Geißler 2000; Häder/Tenorth 1997; Mietzner 1998) und die Universitäten der DDR (z.B. Connelly 2000; Jessen 1998). Eine enge Verzahnung von Fachwissen mit politischer Schulung stellt keineswegs eine Spezifik der ABF dar, sondern ist als ein dem DDR-System immanentes Problem anzusehen.

Letztendlich hat die ABF – trotz aller hier benannten Mängel und Probleme – auch eine gewaltige Bildungsleistung erbracht, die es bis zu diesem Zeitpunkt in diesem Ausmaß in der deutschen Bildungsgeschichte nicht gegeben hat. Denn: Auch wenn nach Ablegen des Abiturs an der ABF nicht alle Studierenden im Fachstudium erfolgreich waren, ist damit doch einer großen Anzahl Menschen der Weg zu höherer Bildung eröffnet worden, die ohne diese spezifische Förderung zum größten Teil nie ein Universitätsstudium aufgenommen hätten. Durch die ideologische Überfrachtung der Rezeption dieser Institution vor 1989 wird m.E. bisher auch der Blick dafür verstellt, was diese Institutionen bildungsgeschichtlich auch geleistet haben.

Anmerkungen

- 1 Auch bezeichnet als: Vorstudenschulen, Vorsemester oder Vorstudienanstalten. Von Seiten der Deutschen Verwaltung für Volksbildung wurde ab 1948 der Begriff der Vorstudienabteilungen (an den Universitäten) verbindlich eingeführt.
- 2 Die Zahlenangaben schwanken etwas. Lammel (1986a: 317) gibt für die Vorstudienanstalten (1946–1949) ca. 4.500 Absolventen und für die Zeit der ABF ca. 36.000 Absolventen an, wobei er die Absolventen der ABF Halle und Freiberg bis 1968 dazuzählt.
- 3 DFG-Projekt: „Die ABF Greifswald. Eine biografische Institutionenanalyse“.
- 4 Basis für den hier vorliegenden Artikel sind v.a. die Akten der Deutschen Verwaltung für Volksbildung (1946–1949), des Volksbildungsministeriums Berlin (1949–1951) sowie des Staatssekretariats für Hochschulwesen (1951 – 1962) im Bundesarchiv (BArch), sowie die Akten des ZK der SED im Archiv Stiftung der Parteien und Massenorganisationen (SAPMO-BArch) in Berlin.
- 5 Es wurden 30 Interviews mit Lehrkräften und Funktionseleiten der ABF Greifswald, sowie 10 Interviews mit Absolvent(inn)en durchgeführt.
- 6 Die VA in Jena wurde bereits Ende 1945 gegründet. Alle anderen entstanden im Verlauf des Jahres 1946.
- 7 Schreiben der Abt. ABF des SFH vom 19.12.1951 an alle ABF (BArch, DR 3/488, o.S.).
- 8 Die Zuordnung erfolgte nach dem Beruf des Vaters. Diese Kategorie ist nicht ganz einheitlich und auch nicht immer trennscharf, worauf hier jedoch nicht näher eingegangen werden kann.
- 9 In Thüringen wurden beispielsweise 1948 weniger als die Hälfte aller Studierenden der Kategorie Arbeiter und Bauern zugezählt, während in den VA des Landes Mecklenburg dieser Anteil bei ca. 70% lag (vgl. z.B. Schneider 1998: 47 oder Statistik des Studentenreferats der DVV (BArch, DR 2/639, S. 15)).
- 10 Im Immatrikulationsjahrgang 1949/50 hatte etwa ein Drittel der Studierenden eine weiterführende Schule (Mittelschule, Fachschule, Oberschule) besucht und etwa die Hälfte war über 20 Jahre alt (vgl. Statistik in BArch, DR 3/430, o.S.).
- 11 Kollegiumsvorlage 2/8/54 vom 12.3.1954 (BArch, DR 3/149, o.S.).
- 12 Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR. Berlin 1956.
- 13 Entwicklung und Aufgaben der ABF im 2. Fünfjahrplan (5.11.1956) (BArch, DR 3/489, o.S.).
- 14 Der Pädagogische Beirat beim Staatssekretariat wurde gemäß dem Beschluss des Ministerrats der DDR vom 28.8.1952 gegründet (BArch, DR 3/472, o.S.).
- 15 Es wurde die Fakultät für Maschinenbau der TH Dresden, die Medizinische Fakultät der Universität Jena sowie die Fachrichtungen Slawistik, Mathematik und Medizin der Universität Halle untersucht.
- 16 Entwicklung und Aufgaben der ABF im 2. Fünfjahrplan (5.11.1956), (BArch, DR 3/489, o.S.).
- 17 Protokoll über die 7. Sitzung des Pädagogischen Beirats am 29.3.55 (BArch, DR 3/472, o.S.).
- 18 BArch, DR 3/496, o.S.
- 19 Protokoll über die 7. Sitzung des Pädagogischen Beirats am 29.3.55 (BArch, DR 3/472, o.S.).
- 20 Der Anteil der SED-Mitglieder unter den Studierenden betrug 1952: 8,3%, 1953: 8%, 1954: 14,1%, 1955: 3,8%, 1956: 4% (BArch, DR DR 3, 489, o.S.) 1957: 7% (BArch, DR 3, 1402).
- 21 Z.B. Kollegiumsvorlage 2/2/54 vom 12.3.1954 (BArch, DR 3/149, o.S.) sowie Einschätzung der gegenwärtigen Lage an den Universitäten (8.11.1956, ZK der SED), SAPMO-BArch, DY30/IV2/904/56, S. 93.
- 22 Vgl. die Auseinandersetzungen um die „Harich-Janka-Gruppe“ (1956/57).

- 23 „Zu den Gedanken der Perspektive der ABF“, (BArch, DR 3/496) (ohne Datum, ohne Unterschrift, aus Kontext erschlossen, handelt es sich um die Mitschrift des am 8.3.57 im ZK der SED stattgefundenen mündlichen Gespräches zwischen Vertreter(inne)n des SFH und des ZK der SED, in dem die Entscheidung über die Zukunft der ABF getroffen wurde).
- 24 BArch, DR 3/569, o.S.
- 25 BArch, DR 3/497, o.S.
- 26 Konferenz über sozialistische Erziehung an der ABF (3.3.58) SFH (Lammel) an Dahlem (SAP-MO-BArch, DY 30/IV2/904/466, S. 80.
- 27 Vgl. den Vorgang in BArch, DR 3/MHF/SED-GO/74.
- 28 Vgl. die Darstellung dieser Phase in den lebensgeschichtlichen Interviews.
- 29 Vgl. Dokumente in Lammel 1988: 224–232, sowie Lammel 1986b: 26.
- 30 Vertrauliche Dienstsache des SFH (10.2.1961), (BArch, DR 3/1404, o.S.).
- 31 1964 wurde noch die ABF der Pädagogischen Hochschule in Potsdam geschlossen. Nach 1964 existierte nur noch die ABF der Bergakademie Freiberg, die jedoch eine marginale Anzahl an Studierenden hatte und eine „Spezial-ABF“ war, d.h. fachspezifisch qualifizierte. Die ABF II in Halle behielt zwar bis 1989 die Bezeichnung „ABF“, übernahm aber einen völlig veränderten Bildungsauftrag, indem sie Oberschüler(innen) auf ein Auslandsstudium vorbereitete.
- 32 BArch, DR 3/5366, o.S.

Literatur

- Connelly, J.: *The Sovietization of East Germany, Czech, and Polish Higher Education 1945–1956*. Chapel Hill and London 2000
- Geißler, G.: *Geschichte des Schulwesens in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik 1945 bis 1962*. Frankfurt/M. 2000
- Häder, S./Tenorth, H.-E. (Hg.): *Bildungsgeschichte einer Diktatur. Bildung und Erziehung in SBZ und DDR im historisch-gesellschaftlichen Kontext*. Weinheim 1997
- Hoyer, S.: „Arbeiter an die Universität“. Die Vorbereitungskurse zum Hochschulstudium in Sachsen 1946–1949. In: *Neues Archiv für sächsische Geschichte*. Neustadt 2001, S. 239–261
- Jessen, R.: *Universitäten und Eliten im Osten nach 1945*. In: *Geschichte und Gesellschaft*. 24(1), 1998, S. 24–54
- Lammel, H.-J.: *Arbeiter und Bauern auf die Hochschulen! Zur Entwicklung des Arbeiter- und Bauernstudiums in der Anfangsphase der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung des Hochschulwesens*. In: *Das Hochschulwesen*, 34, 1986a, S. 317–324
- Lammel, H.-J.: *Reduzierung und Konzentration der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten in der ersten Hälfte der sechziger Jahre – Einrichtung von Lehrgängen für junge Facharbeiter zur Vorbereitung auf das Studium zu Beginn der siebziger Jahre*. In: *Zentralinstitut für Hochschulbildung (Hg.)*. Beiträge zur Geschichte des Hochschulwesens in der DDR, Teil III, Berlin 1986b, S. 24–32
- Lammel, H.-J.: *Dokumente zur Geschichte der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten der Universitäten und Hochschulen der DDR, Studien zur Hochschulentwicklung*. Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin 1987 (Teil 1), 1988 (Teil 2)
- Mietzner, U.: *Enteignung der Subjekte – Lehrer und Schule in der DDR. Eine Schule in Mecklenburg von 1945 bis zum Mauerbau*. Opladen 1998
- Olbertz, J.-H.: *Vorstudienanstalten und Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten in Ostdeutschland und der jungen DDR – Das Beispiel Halle*. In: Löw, M./Meister, D./Sander, U. (Hg.): *Pädagogik im Umbruch*. Opladen 1995, S. 69–96

- Schneider, M. C.: Chancengleichheit oder Kaderauslese? Zu Intentionen, Traditionen und Wandel der Vorstudienanstalten und Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten in der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1952. In: Zeitschrift für Pädagogik, 41. Jg., Nr. 6/1995, S. 959–983
- Schneider, M. C.: Bildung für neue Eliten. Die Gründung der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten. Berichte und Studien Nr. 13. Herausgegeben vom Hannah-Ahrendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden 1998
- Stallmann, H.: Hochschulzugang in der SBZ/DDR 1945–1959. St. Augustin 1980